

# Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Ersteinstellung an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelandet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Otto Dorn in Pulsnitz

Nummer 175

Sonnabend, den 28. Juli 1928

80. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

In das Handelsregister wurde eingetragen:  
Auf Blatt 484, betr. die Firma **Philipp & Hennig**, vorm. Hugo Curt Acker Nachf. in Dhorn. Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.  
Auf Blatt 361, betr. die Firma **Bruno Löwe in Großröhrsdorf**. Die Firma ist erloschen.  
Auf Blatt 430, betr. die Firma **G. Robert Steglich in Großröhrsdorf**. Die Firma ist erloschen.  
Auf Blatt 351, betr. die Firma **Max Gebler in Bretinig**. Der Kaufmann Karl Werner Alexander Gebler in Bretinig ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Max Theemann Gebler in Bretinig führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma als Alleinhändler weiter. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Erich Max Johannes Gebler in Bretinig.

Auf Blatt 378, betr. die Firma **Jug. Herrmann & Co. in Dhorn**. Der Ingenieur Johannes Herrmann in Dhorn ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Max Wockas in Radeberg führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma als Alleinhändler weiter.

Auf Blatt 458, betr. die Firma **Schurig & Raupach, Mechanische Band- und Gurtweberei, Aktiengesellschaft in Pulsnitz N. S.** Die Prokura des Kaufmanns Hermann Richard Haake in Pulsnitz N. S. ist erloschen. Die Vertretungsbeschränkung des Prokuristen, Kaufmanns Willy Piegisch in Pulsnitz ist aufgehoben worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 27. Juli 1928.

## Das Wichtigste

Die französische Besatzungsbehörde hat an die deutsche Regierung das Verlangen gestellt, drei Deutsche auszuliefern, die von dem Kriegsgericht in Landau wegen Herunterreißen der französischen Flagge in Abwesenheit zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.  
Am Freitag morgen wurde Löwensteins Testament eröffnet. Die Familie Löwensteins bewahrt über den Testamentsinhalt vollstes Stillschweigen. Löwensteins Schwager wurde zum Testamentsvollstrecker bestimmt.  
Der Reichspräsident empfing am Freitag den deutschen Botschafter in Moskau, Graf Brodowski-Raupau.  
Das Unterhaus nahm am Freitag in dritter Lesung das Budget mit 249 zu 24 Stimmen an.  
Der Stellvertreter des Reichspräsidenten hat auf Curzassen übergegangen. Seit Freitag ruht die Arbeit im Fischereibetrieb völlig. Zwischen den beteiligten Parteien sollen, wie es heißt, Verhandlungen in Bremen stattfinden.  
Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat das Reichskabinett auf Antrag des Reichsinnenministers Georing beschlossen, 5 Millionen Mark zur Behebung von Unwetterschäden in der Landwirtschaft in den Etat für 1929 einzustellen. Diese Mittel sollen zur Abgeltung von Schäden aus den Jahren 1927 und 1928 dienen. Sie werden deshalb sofort bereitgestellt.

## Politischer Wochenrückblick.

Der 28. Juli. — Donau und Rhein. — Schantstättengesetz. — Reichsschulgesetz. — Deutscher Studententag in Danzig.  
Am 28. Juli vor 14 Jahren war's, als jäh wie ein Blitz die österreichische Kriegserklärung an Serbien in die dumpfe und gewitterstille Stimmung hineinschlug, die seit dem Attentat von Sarajewo über Europas Völkern lastete. Das Gedächtnis der heutigen ist kurz: erinnert sei daran, daß zwischen dem Tage des Attentats, dem 28. Juni, und dem Tage der österreichischen Kriegserklärung ein voller Monat lag. Die Tage vor der Kriegserklärung schufen die Entscheidung: am 23. Juli überreichte der österreichisch-ungarische Gesandte der serbischen Regierung die als Ultimatum zu bezeichnende Verbalnote, die serbische Antwortnote vom 25. Juli genigte nicht, und die Antwort war die Kriegserklärung. In manchen Punkten war die serbische Antwort entgegenkommend, in der Hauptsache aber konnte sie nicht befriedigen: in der Schaffung von Maßnahmen gegen die beabsichtigte Zertrümmerung des dem panlawawischen Ideal entgegenstehenden österreichisch-ungarischen Kaiserreiches. Österreich, durch die Hinmordung des fähigen Thronfolgers im Innersten getroffen, mußte endlich sich seiner Haut wehren. Die Schuld am Kriege lag nicht bei ihm und seinem friebfertigen Kaiser, sondern — in Paris und Petersburg.

Zwei deutsche Weibefeste! Das 10. Deutsche Sängerfest zu Wien ging zu Ende, und das 14. Deutsche Turnfest zu Köln begann. In beiden irdentlichen, von Geschichte unwitterten Städten ungezählte Massen, um von deutscher Zusammengehörigkeit wenigstens zu singen und zu sagen. Sänger und Turner sind stets die Träger des deutschen Einheits- und Freiheitsgedankens, sie verkörpern beide bestes deutsches Mannestum. Die überragende Idee des Festes an der Donau war der Gedanke des Anschlusses, für den auch der dort anwesende Präsident des Deutschen Reichstages entschlossene Worte fand, — am Rhein bewegt anderes die Herzen. Seit 10 Jahren unterstehen noch weite Teile dieses deutschen Kernlandes fremder Oberhoheit: „Es regen sich in allen Herzen viel vaterländische tiefe Schmerzen“, da unser Rhein in Fesseln geschlagen dahinfließt, da deutsches Recht jeden Tag von neuem gebrochen wird. Der deutschen Freiheit, des Rheines Freiheit gilt das Kölner Fest. Von „englischer Krankheit“ bleibt kraftvolle deutsche Jugend frei, — wir sehen es mit Stolz; durch Köln Klingt's: „Die Lösung sei der Rhein! Wir wollen ihm aufs neue schwören: Wir müssen ihm, er uns gehören. Vom Felsen kommt er frei und hehr: er fließt frei in Gottes Meer!“

## Die Betriebssicherheit der Reichsbahn

Täglich zehn Eisenbahnunfälle — Was der Reichsbahn-Generaldirektor dazu sagt

Eine Erklärung des Ministeriums für die besetzten Gebiete — Erwerbsleben in Schleswig-Holstein — Neuer Zusammenstoß zwischen südchinesischen und japanischen Truppen

Berlin. Am Freitag hatte die Reichsbahn in ihrem Verwaltungsgebäude zu einer Pressekonferenz geladen, auf der Generaldirektor Dornmüller Ausführungen über die betriebliche Sicherheit machte.

Ausgehend von den als Folge der Inflation noch immer nicht überwindenen kranken wirtschaftlichen Verhältnissen, gab Dr. Dornmüller ein Bild von den Untersuchungsergebnissen der letzten Unglücksfälle, die sich in der außerordentlich kurzen Zeit vom 10. Juni bis zum 21. Juli ereignet hätten, und deren Gründe größtenteils geklärt seien. Würde man daraus Schlüsse für die Zukunft ziehen, so würde das ein trauriges Bild für die Sicherheit der Deutschen Reichsbahn aufrollen. Die wirkliche Zahl der Unglücksfälle ist bedeutend größer. Sie betrug im Jahre 1913 etwa 3600, erreichte 1917 fast 5700, ging 1925 und 26 auf wieder 3100 zurück und stieg dann wieder im Jahre 1927 auf 3600, also auf durchschnittlich 10 Stück pro Tag. In diesen Zahlen sind aber auch die unbedeutendsten Unfälle, die sich im Personen- und Güterverkehr ereignet haben, eingerechnet, selbst die ganz geringe Folgen hatten und von denen die Öffentlichkeit wenig erfährt.

Obwohl jährlich etwa 4 Prozent der gesamten Länge der Gleise, also etwa 3100 Kilometer erneuert werden, sind noch heute aus der Kriegs- und Nachkriegszeit 7700 Kilometer rückständige und veraltete Gleise vorhanden, die der Auswechslung harren. Daraus dürfe aber nicht geschlossen werden, daß diese Gleise nicht mehr betriebssicher seien, doch verlangen sie besonders hohe Unterhaltungskosten, bedingen an manchen Stellen sogar eine Herabsetzung der sonst üblichen Geschwindigkeiten. Bei einiger Beachtung der Vorsichtsmaßnahmen könne also von einer Betriebsgefährdung nicht gesprochen werden. Das ist immer so gewesen; solange die notwendige Vorsicht von dem Personal geübt (!) wird, treten keinerlei Gefahren auf.

Gerade aber die letzten Unglücksfälle haben gezeigt, daß der Mensch unter Umständen recht unzuverlässig sein kann, ohne daß man ihm Oberflächlichkeit vorwerfen könnte. Aus diesem Grunde scheint eine weitere Erhöhung der automatischen Sicherheitseinrichtungen geboten.

Die Deutsche Reichsbahn stehe auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der automatischen Betriebssicherheit im Interesse der Öffentlichkeit liege. In England sei man der Meinung, daß die weitgehende Festlegung der Fahrtrahnen durch Signale die Leistungsfähigkeit der Bahnanlage herunterdrücke, und daß den Beamten nicht zuviel Verantwortung abgenommen werden dürfe, da sie sich sonst beim Verlegen der Sicherungen nicht zu helfen wüßten. Auch in Preußen ist auf manchen Bahnen die Blockierung nicht durch die Station durchgeführt, wenn solche Festlegung den Betrieb stark fbrt. Mit den Worten: „Die Sicherheit ist für jede Bahn die höchste Pflicht“, schloß der Vortragende seine interessantesten Ausführungen.

## Eine Erklärung des Ministeriums für die besetzten Gebiete.

Berlin. Das Ministerium der besetzten Gebiete gibt folgende Erklärung ab: Das Auslieferungsersuchen der französischen Besatzungsbehörden wegen der drei jungen Leute Weiß, Simmel und Lutz aus Zweibrücken, die im Verdacht stehen, an der Entfremdung der französischen Fahne vom französischen Offizierskino beteiligt zu sein, beschäftigt zur Zeit besonders lebhaft die öffentliche Meinung. Die Reichsregierung würdigt durchaus die Erregung, die in der öffentlichen Meinung entstanden ist; andererseits kann sie die rechtliche Verpflichtung zur Auslieferung im Hinblick auf die

vertragsmäßigen Bindungen nicht bestreiten. Auch die früheren Reichsregierungen haben sich in zahlreichen Fällen auf Grund des Artikels 4 in Verbindung mit Artikel 3 des Rheinlandabkommens, soweit eine rechtliche Verpflichtung zur Auslieferung anerkannt werden mußte, zu einer solchen genötigt gesehen. Selbstverständlich hat die Reichsregierung bereits alle erforderlichen Schritte getan, um eine gerechte Beurteilung des Falles herbeizuführen. Die Reichsregierung ist selbstverständlich der Auffassung, daß der gegen die drei jungen Leute erhobene Vorwurf des schweren Diebstahls völlig ungerechtfertigt ist, weil die Tatbestandsmerkmale eines solchen Vergehens nicht gegeben sind. Die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet muß immer wieder aufgeklärt werden, daß sie nicht gegen Verfolgung geschützt ist, wenn derartige Ueberschreitungen bestehen.

Berlin. Die Vaterländischen Verbände erließen zu dem Auslieferungserlangen der Besatzungsbehörde folgenden Aufruf:

Falls die ungläubwürdige Nachricht wahr sein sollte, daß die deutsche Reichsregierung sich mit der Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an französische Justizhäuser einverstanden erklärt hat, fordern wir erstens, daß an Stelle der Verfassungsfeier am 11. August ein allgemeiner deutscher Buß- und Trauertag deutscher Reichsangehöriger und Schande angehängt wird, zweitens, daß sofort der Reichstag einberufen wird, um zu entscheiden, ob diese Reichsregierung noch sein Vertrauen besitzt, drittens, falls auch der Reichstag deutsche Reichsangehörige vor der Auslieferung nicht zu schützen und deutsche Ehre nicht zu wahren wissen sollte, daß der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg, dessen Auslieferung 1920 das deutsche Volk voll einmütiger Empörung verweigerte, ihn sofort auflöst.

Bereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands, gez. Graf von der Goltz.

## Erwerbsleben in Schleswig-Holstein.

Die Auswirkung der Abtretung Nordschleswigs.

Berlin. Fast ein Viertel seines bisherigen Umfanges — rund 399 269 Hektar — mußte Schleswig-Holstein durch die nach den Versailler Bestimmungen vollständig im Interesse der Dänen durchgeführten Volksabstimmung abtreten. Mit dem gesamten nordwärts Flensburg liegenden Gebiet verlor die Provinz 166 348 Personen, darunter 40 172 mit deutscher Muttersprache. Aber auch in der Bevölkerung des bei Preußen verbliebenen Teils Schleswig-Holsteins ging eine wesentliche Umschichtung vor sich. Während durch die Berufszählung von 1907 in den heutigen Grenzen der Provinz 712 804 Männer und 673 939 Frauen, also beträchtlich mehr Männer als Frauen, festgestellt wurden, ergab die Zählung von 1925 ein Mehr von 20 169 Frauen: 769 767 Frauen gegen 749 598 Männer. Die Gesamtbevölkerung hat sich somit von 1 388 743 auf 1 519 365 Personen oder um 9,56 Prozent vermehrt, die weibliche allein um 14,22 und die männliche um 5,16 Prozent. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß vor dem Kriege Heer und Marine, namentlich die letztere, in der Provinz einen starken Männerüberschuß bewirkte, während infolge der jehigen Seereschränkung 1925 die zivile Wohnbevölkerung stärker hervortrat.

In der Landwirtschaft mit Einschluß der Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei sind 217 515 Personen gleich 29,94 Prozent aller Erwerbstätigen über-

